

Die Schweiz könnte wegen ihrer Energiestrategie erpressbar werden

Wenn die EU das Licht ausgehen lässt

Von Alex Reichmuth, Bern



Von Notsituationen bei der Stromversorgung ist die Schweiz zwar noch weit entfernt. Dennoch ortete die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) letzte

Woche langfristig erhebliche Risiken: Im Winter könnte es zu Engpässen kommen, wenn mehrere Kraftwerke plötzlich vom Netz gehen müssten. Dann wäre die Schweiz auf Elektrizität aus den Nachbarländern angewiesen. Die ElCom regte darum an, die Produktion von eigenem Strom im Winter hochzuhalten.

Das wird allerdings schwierig. Denn letztes Jahr hat das Volk dem Energiegesetz zugestimmt und damit dem ersten Teil der Energiestrategie 2050. Demnach dürfen die bestehenden Atomkraftwerke nach dem Ende ihrer Laufzeit nicht ersetzt werden. An deren Stelle sollen vor allem Wind- und Solaranlagen für Strom sorgen.

Ausgerechnet im Winter, wenn besonders viel Energie benötigt wird, können Wind und Sonne aber kaum etwas zur Versorgung beitragen. Zwar ist denkbar, dass die Betreiber von Wasserkraftwerken zu Kapazitätsreserven in ihren Speicherseen verpflichtet werden, sodass die Schweiz damit die «kalte Dunkelflaute» teilweise überbrücken kann. Aber solche Auflagen würden die prekäre Wirtschaftlichkeit der Wasserkraft weiter verschlechtern. Gaskraftwerke will derzeit niemand bauen. Kommt die Energiewende wie geplant, dürfte die Abhängigkeit von Auslandstrom im Winter darum deutlich steigen. Schon heute ist sie beträchtlich. Das Ja zur Energiestrategie war eigentlich ein Ja zu einer Importstrategie.

«Kaiseraugst» in Frankreich

Neu ist, dass die ElCom politisch Stromengpässe auch politische Risiken anführt. Beim internationalen Handel mit Elektrizität sei künftig EU-Recht massgebend, an dessen Erarbeitung die Schweiz aber nicht beteiligt sei, hielt die Kommission fest. Das Abseitsstehen sei kritisch: «Dies kann die Netzsicherheit beeinträchtigen (...) und damit auch weitreichende energiewirtschaftliche Konsequenzen (Importverfügbar-



Batterie in den Bergen. Es ist denkbar, dass die Betreiber von Wasserkraftwerken zu Kapazitätsreserven in ihren Stauseen verpflichtet werden, damit die Schweiz den Winter teilweise überbrücken kann. Hier zu sehen: der Zervreila-Stausee in Vals.

keit) haben.» Der Abschluss eines Strommarktabkommens sei zentral.

Als sich in den 1980er-Jahren abzeichnete, dass das AKW Kaiseraugst nicht gebaut werden kann, stopfte die Schweiz die aufklaffende Stromlücke auf einfache Art: Sie beteiligte sich an den französischen Kernkraftwerken Fessenheim, Cattenom und Bugey und konnte dauerhafte Lieferverträge abschliessen. Pointiert gesagt wurde das AKW Kaiseraugst in Frankreich gebaut.

Diese Lieferverträge laufen nun aus. Neue Privatabkommen mit ausländischen Produzenten abzuschliessen, ist nicht möglich: Mit dem neuen EU-Recht wird dies verboten. Künftig ist die Schweiz also auf den Goodwill von Produzenten in Deutschland, Frankreich und Italien angewiesen, wenn ihr im Winter der Strom auszugehen droht. Möglich ist, dass sie dann leer ausgehen wird – denn gerade an grauen Wintertagen haben die Nachbarländer eventuell selber kaum genug Elektrizität. Deutschland etwa will seine AKW ebenfalls

bald stilllegen und im grossen Stil auf «Flatterstrom» umstellen.

Die Winterengpässe, auf die die Schweiz zusteuert, könnten von EU-Staaten aber auch als Druckmittel genutzt werden: um das Land gefügig zu machen. Derzeit steht die Schweiz, was ihre politische Abhängigkeit von der Union angeht, noch relativ komfortabel da. Sie kann es sich leisten, das Waffenrecht der EU nicht buchstabengetreu umzusetzen und im schlimmsten Fall den Rauswurf aus dem Schengen-Dublin-Abkommen zu riskieren. Allzu gross wäre der Schaden wohl nicht. Und sollte das Stimmvolk auf der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens bestehen und die EU im Gegenzug die gesamten Bilateralen I aufkündigen, wäre das politisch und wirtschaftlich sicher zu überstehen.

Selbstbestimmung bald hinfällig?

Doch von der Elektrizitätsversorgung abgeschnitten zu werden: Dieses Risiko kann ein hoch industrialisiertes Land wie die Schweiz schlicht nicht eingehen. Schon wenige Stunden ohne

Strom wären verheerend – insbesondere für Wirtschaftsbetriebe.

Es wird zwar kaum so weit kommen, dass die Union oder einzelne EU-Staaten die Schweiz ausdrücklich erpressen. Aber die Diplomatie kennt feinere Töne, um einem abhängigen Verhandlungspartner klarzumachen, dass erhebliche Nachteile drohen, falls er nicht einlenkt. Es ist wohl kein Zufall, dass die EU den Abschluss eines Stromabkommens explizit vom Zustandekommen eines Rahmenabkommens abhängig gemacht hat.

Noch ist der Druck für die Schweiz, solche Verknüpfungen zu akzeptieren, gering. Auch ohne Stromabkommen dreht die Welt weiter – vorläufig. Doch in zehn oder 15 Jahren könnte eine stundenlange Nationalratsdebatte, ob in der Schweiz die Verfassung über internationalem Recht stehen soll, hinfällig sein. Aus Angst, dass die Lichter ausgehen und die Maschinen stillstehen, müsste das Land dann schlucken, was aus Brüssel, Berlin oder Paris an Paragrafen diktiert wird – direkte Demokratie hin oder her.

Gefährlicher Schwund

Forscher plädieren für eine Stärkung des Lokaljournalismus

Zürich. Immer mehr Zeitungen schliessen sich zusammen. Die Zahl der eigenständigen Regional- und Lokalzeitungen nimmt ab. Gleichzeitig sinkt auch die Wahlbeteiligung immer weiter – in den Gemeinden des Kantons Zürich seit den 70er-Jahren etwa von 70 auf 37 Prozent. Dieser Medienschwund bedrohe die Demokratie, attestieren die Politikwissenschaftler Daniel Kübler und Christopher Goodman von der Uni Zürich. In einer Studie untersuchten sie, ob zwischen der Krise des Lokaljournalismus und der Abnahme der Wahlbeteiligung in den Gemeinden ein Zusammenhang besteht. Ihr Fazit: Je höher die Auflage der lokalen Zeitungen und je mehr die Medien über lokale Politik berichten, desto höher ist die Wahlbeteiligung.

Weil weniger Geld für Lokaljournalismus zur Verfügung stehe, werde die Berichterstattung reduziert. Zudem führten Zusammenschlüsse von Zeitungen dazu, dass ihr Einzugsgebiet nicht mehr mit den politischen Regionen übereinstimme und sie deshalb nicht mehr über Lokales berichteten. «Je weniger die Menschen über das Geschehen in der lokalen Politik wissen, desto eher bleiben sie der Urne fern», bilanzieren die Politikwissenschaftler. Sie rufen deshalb nicht kommerzielle Akteure wie Stiftungen, Parteien oder Behörden dazu auf, neue journalistische Angebote zu schaffen. SDA

Mehr Zeit für Debatte

Nachtsitzung zur Selbstbestimmungs-Initiative

Bern. Der Nationalrat wird kommenden Montag ab 19 Uhr bis in die Nacht hinein über die Selbstbestimmungs-Initiative der SVP debattieren. Das hat er gestern beschlossen. Die SVP stellte sich vergeblich dagegen.

Der Nationalrat hatte vergangenen Mittwoch mit der Debatte begonnen. Heute geht es weiter. Das wird aber nicht reichen: Weil sich über 80 Ratsmitglieder auf der Rednerliste eingetragen haben, benötigt die grosse Kammer für das Geschäft insgesamt rund zehn Stunden. Das Büro des Nationalrats hat deshalb beschlossen, für den 11. Juni eine Open-end-Sitzung einzuplanen. Der Nationalrat hat sich damit nun einverstanden gezeigt. Er lehnte einen Ordnungsantrag von Thomas Aeschi (SVP/ZG) mit 121 zu 67 Stimmen ab.

Aeschi argumentierte, die Diskussion werde voraussichtlich bis nach Mitternacht dauern. Das widerspreche dem Geschäftsreglement des Nationalrats. Dort seien zwar Abendsitzungen vorgesehen – aber nur bis 22 Uhr und nur dann, wenn es die Geschäftslast und die Dringlichkeit erforderten. Beide Kriterien seien nicht erfüllt, so Aeschi. Das Parlament habe bis zum 12. Februar 2019 Zeit, die Initiative zu behandeln. Somit könne das Geschäft zu regulären Sitzungszeiten traktandiert werden. Es gäbe auch andere Optionen, wie den Verzicht auf die Fraktionsausflüge.

SP-Fraktionschef Roger Nordmann (VD) äusserte – in Form einer Frage –

den Verdacht, die SVP wolle die Beratung verschleppen, damit die Initiative später im Wahljahr vors Volk komme und zur Mobilisierung von SVP-Wählern beitrage. In der bisherigen Debatte habe die SVP 28 Fragen gestellt, davon sieben an eigene Rednerinnen und Redner, rechnete Nordmann vor. Damit habe die SVP über eine Stunde zusätzliche Redezeit herausgeschunden. Dies, obwohl 43 SVP-Vertreter auf der Rednerliste eingetragen seien. Mit der Nachtsitzung wolle man das Redebedürfnis der SVP erfüllen.

Seriös und wichtig

Aeschi wies den Vorwurf zurück. Die Selbstbestimmungs-Initiative sei nicht «irgendein Wahlkampf-Thema», sondern etwas sehr Serieuses und Wichtiges. «Wir brauchen diese Redezeit», sagte Aeschi. Die Initiative müsse mit der nötigen Aufmerksamkeit und Würde behandelt werden. Im Rat fand er aber ausserhalb der SVP kein Gehör.

Ratspräsident Dominique de Buman (CVP/FR) wies darauf hin, dass der Entscheid des Ratsbüros einstimmig gefallen sei. Marina Carobbio (SP/TI) sagte im Namen des Büros, aus dessen Sicht seien die Kriterien für die Nachtsitzung erfüllt. Das Geschäftsreglement erlaube Ausnahmen. Zudem sei es nicht im Interesse der Öffentlichkeit, wenn sich die Beratungen zu einer Volksinitiative über mehrere Sessions hinziehen. SDA

Journalisten sind grün und links

Studie vergleicht 17 Länder

Gestern wurden erste Resultate einer dänischen Studie veröffentlicht, welche die politischen Einstellungen von Medienschaffenden in 17 entwickelten Ländern – darunter der Schweiz – untersucht hat. Ziel war es, zu prüfen, ob Journalisten tatsächlich mehrheitlich politisch links eingestellt sind, wie ihnen ab und zu vorgeworfen wird. Die Studie basiert auf einzelnen Länderuntersuchungen, die zu einer übergreifenden Studie zusammengezogen wurden, und vergleicht die politischen Einstellungen der Redaktoren mit jenen der Bevölkerung. Die Daten aus der Schweiz stammen aus einer kürzlich durchgeführten Untersuchung von Marktagent.com, in deren Rahmen 332 Journalisten befragt wurden.

Die ersten Resultate der dänischen Studie unterstreichen das verbreitete Vorurteil. Am häufigsten stehen die Journalisten grünen Ideologien nahe, gefolgt vom Feminismus. Es gibt in den Redaktionen durchschnittlich drei Mal so viele Grüne und Feministen wie im Rest der Bevölkerung. Auf Platz drei liegt der Sozialliberalismus, gefolgt von Kommunismus und einer pro-europäischen Haltung. Diese drei Einstellungen sind bei den Medien doppelt so häufig vertreten wie in der Bevölkerung. Am seltensten ist eine nationalkonservative Haltung. Sie ist in der Bevölkerung rund sechs Mal häufiger vertreten als bei den Journalisten. fi

Cassis zur Aussenpolitik

Nationalräte stellen Fragen

Bern. Der Nationalrat hat den Aussenpolitischen Bericht genehmigt. Die Diskussion drehte sich um die Beziehungen zur EU und die allgemeine Weltlage.

SP-Nationalrat Fabian Molina (ZH) wollte wissen, ob der Bundesrat an der geplanten Kandidatur für einen nicht-ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat festhalte. Aussenminister Ignazio Cassis antwortete, die Kandidatur sei nicht infrage gestellt. Auf Wunsch werde der Bundesrat aber Vor- und Nachteile darlegen. Weiter dementierte Cassis, dass andere Staaten die Kandidatur der Schweiz infrage gestellt hätten. Grund für die Nachfrage: Cassis hatte das Palästinahilfswerk der UNO, UNRWA, als «Hindernis für den Frieden» bezeichnet und die Rückkehr aller Flüchtlinge als unrealistisch beurteilt. Der Bundesrat stellte anschliessend klar, dass er weiterhin für eine Zwei-staatenlösung einstehe.

Zu den Verhandlungen mit der EU über die institutionellen Fragen sagte Cassis, diese seien im Gang. «Wir sind weitergekommen, es verbleiben aber Differenzen.» Der Bundesrat werde noch vor den Sommerferien darüber diskutieren. Ab Herbst werde es wegen bevorstehender Wahlen in der EU und in der Schweiz schwierig werden, entspannt zu verhandeln. Im Bericht schreibt der Bundesrat, das Verhältnis zur EU bleibe fragil und klärungsbedürftig. Als Grund nennt er die befristete Anerkennung der Börsenäquivalenz. Die Verknüpfung mit den institutionellen Fragen ist nach Ansicht des Bundesrats «sachfremd und diskriminierend». SDA

Nachrichten

Referendum gegen Sozialdetektiv-Gesetz

Bern. Das Gesetz zur Überwachung von Sozialversicherten wird wohl an den Urnen entschieden: Das Referendum gegen das sogenannte Sozialdetektiv-Gesetz ist gemäss Komitee zustande gekommen. In 62 Tagen seien 55 421 Unterschriften gesammelt worden, bestätigte Dimitri Rougy vom Referendumskomitee gestern. Damit unterboten sie die gesetzte Maximalfrist um 38 Tage. Die Unterschriften müssen noch beglaubigt werden. SDA

Schweizer Volk soll über Kampjets abstimmen

Bern. Der Nationalrat befürwortet den Plan des Bundesrates, das Stimmvolk über die Beschaffung neuer Kampflugzeuge abstimmen zu lassen, nicht aber über einen bestimmten Flugzeugtyp. Er hat eine Motion der BDP-Fraktion mit 99 zu 77 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Mit dem Vorstoss fordert die BDP, was der Bundesrat in der Zwischenzeit angekündigt hat. Dagegen stellten sich SP, Grüne und FDP. SDA

AHV gab 2017 erneut mehr aus, als sie einnahm

Bern. Die Eidgenössische Invalidenversicherung (IV) hat 2017 dank Einnahmen von 10,0 und Ausgaben von 9,2 Milliarden Franken ein positives Umlageergebnis von 0,8 Milliarden Franken erzielt. Bei der AHV fiel das Umlageergebnis zum vierten Mal in Folge negativ aus. Die Ausgaben von 43,3 Milliarden überstiegen die Einnahmen von 42,3 Milliarden. SDA

Bundesrat soll Vertrag unterschreiben

Bern. Der Nationalrat fordert den Bundesrat auf, so rasch wie möglich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Er hat eine Motion von Carlo Sommaruga (SP/GE) mit 99 zu 87 Stimmen angenommen. Die Schweiz habe dem Vertrag 2017 in der Uno-Generalversammlung zugestimmt, sagte Sommaruga. Es sei unverständlich, dass der Bundesrat das Abkommen noch immer nicht unterzeichnet habe. SDA